

Energie / Verwaltung

Rat ö 05.04.2011

Energieverbrauch der städtischen Gebäude senken! (CDU-Fraktion – ÄÄ GRÜNE/SPD) (TOP 5 j)

Beratungsverlauf:

Herr Dr. E.h. Brickwedde begründet den Antrag namens der CDU-Fraktion. Er macht deutlich, dass es hierbei in erster Linie um die Vorbildfunktion der Stadtverwaltung gehe. Er erinnert daran, dass derzeit bundesweit die Rate der Gebäude, die pro Jahr einer energetischen Sanierung unterzogen werden, unter 1 % liege; dementsprechend würde die vollständige Sanierung aller Gebäude 100 Jahre benötigen; er fordert, die Dynamik des entsprechenden Prozesses zu erhöhen und hierfür unter anderem die nötigen Bundesmittel wieder aufzustocken. Gleichzeitig komme jedoch den Kommunen die Aufgabe zu, durch entsprechende Vorbildrolle ihre Bürger zu überzeugen, selber tätig zu werden. Er erläutert die einzelnen Forderungen des Antrages.

Bei den erforderlichen Gesprächen mit der Kommunalaufsicht müsse geklärt werden, wie weit städtische Investitionen als rentierlich anerkannt werden; hierbei dürfe nicht von der heutigen Kostensituation ausgegangen werden, sondern es müssen erhebliche Preissteigerungen im Energiebereich eingerechnet werden. Für den Erfolg von nachhaltigen Energiesparprogrammen sei es erforderlich, diese gemeinsam mit den Betroffenen zu entwickeln. Nachdrücklich sei zu fordern, dass die Aktivitäten an Schulen verstärkt werden und dort alle Betroffenen, z. B. auch Schülerinnen und Schüler, Eltern und Lehrer, beteiligt werden. Es sollten ferner Überlegungen angestellt werden, wie über konkrete Modelle gemeinsam mit den Stadtwerken und privaten Investoren Aktivitäten gestärkt werden können. Er macht er deutlich, dass in Anbetracht des wachsenden Stromverbrauches und auch im Hinblick auf die zuvor geführte Diskussion der Stromverbrauch dringend reduziert werde. Für die Beschaffungspolitik seien klare Vorgaben erforderlich. Er weist auf die Problematik hin, dass in den Schulen aufgrund der Tatsache, dass differenzierte Zuordnungen des Stromverbrauchs nicht möglich seien, Erkenntnisse über das Nutzerverhalten schwierig zu gewinnen sind. Abschließend signalisiert er Zustimmung zu den Ergänzungen, die durch den schriftlich vorliegenden Antrag von der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vorgenommen werden.

Herr Dr. Baier legt dar, dass die Verwaltung ausweislich des im vergangenen November vorgelegten Energieberichtes ermittelt habe, dass in den vergangenen sieben Jahren der Energieverbrauch der Stadtverwaltung um 14 % reduziert werden konnte. Derzeit sei projiziert, dass bis zum Jahr 2016 weitere 10 % eingespart werden können. Die Forderung, Neubauten künftig in Passivhausbauweise zu erstellen, werde positiv beurteilt. Hinsichtlich der integrierten Gesamtschule seien die hieraus resultierenden Mehrkosten überschaubar. Zu den im Antrag beschriebenen Auffälligkeiten im Kulturbereich merkt er an, dass dort häufig aufgrund spezieller Anforderungen an die Klimatisierung der Räume der Stromverbrauch schwierig einzuschränken sei.

Herr Hus begründet namens der SPD-Fraktion den gemeinsam mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eingebrachten Änderungsantrag (siehe Anlage). Er führt aus, dass durch den Änderungsantrag die einzelnen Ansätze des CDU-Antrages etwas konkretisiert werden. Er begrüßt ausdrücklich den Ursprungsantrag der CDU-Fraktion und bekräftigt die Ausführungen von Herrn Dr. E. h. Brickwedde, wonach im Hinblick auf die Beteiligung am Projekt Energiesparschulen das geforderte Anreiz- und Anerkennungssystem neben beteiligten Lehrern unbedingt auch Schüler und Eltern einbeziehen solle.

Herr Bajus begrüßt namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ebenfalls die Initiative. Er dankt der Verwaltung für die Erstellung des Energieberichtes, der bereits im Runden Tisch CO₂-Reduzierung diskutiert wurde. Er macht deutlich, dass die Anregungen des Änderungsantrages auf den Einzelheiten der dortigen fachlich geführten Debatte beruhen. Abschließend erhebt er die Frage, wer das geforderte Energiemanagement innerhalb der Verwaltung umsetzen solle.

Frau Jabs-Kiesler fordert die Ratsmitglieder auf, in ihren beruflichen, politischen und privaten Netzwerken Überzeugungsarbeit für die Reduzierung von Stromverbrauch und für die Nutzung von Ökostrom zu leisten.

Herr Dr. Thiele begrüßt namens der FDP-Fraktion sowohl die Inhalte des Ursprungsantrages als auch die Änderungen von SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Frau Thiel hebt die besondere Rolle der Schulen für die geforderte Stromsparinitiative hervor. Sie weist darauf, dass Schulgebäude häufig nicht ausreichend gedämmt seien.

Frau Meyer zu Strohen widerspricht Herrn Bajus bezüglich ihrer negativen Beurteilung der Passivhausbauweise im Umweltausschuss. Sie macht deutlich, dass diese Technologie in erster Linie von der Stadt in ihrer Vorbildfunktion für Private anzuwenden sei.

Zum schriftlich vorliegenden Änderungsantrag der SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird angemerkt, dass es in den Vorspann zu Ziff. 1 heißen soll:

„Die Verwaltung soll hierzu so schnell wie möglich ein Maßnahmenprogramm erarbeiten...“

Ferner soll in Ziff. 2 eingefügt werden:

„Dass das verbesserte Anreiz- und Anerkennungssystem für beteiligte Lehrer/-innen, **Schüler/-innen und Eltern konzipiert sein soll.**“

Sodann führt Herr Bürgermeister Jasper die Abstimmung über den mündlich geänderten Änderungsantrag von SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wie folgt herbei:

Abweichender Beschluss:

Zwar konnte der Wärmeverbrauch in den städtischen Gebäuden von 2003 bis 2009 um 14,5 % gesenkt werden, gleichzeitig stiegen die Kosten jedoch um 50 % von 2,1 auf 3,16 Mill. €. Der Stromverbrauch stieg im gleichen Zeitraum um 13,5 %, die Kosten um 80 % von 0,95 auf 1,71 Mill. €. Die Stromproduktion aus Windenergie oder Photovoltaik wird so relativiert, wenn der Stromverbrauch steigt. Es ist damit zu rechnen, dass die Energiepreise in den nächsten Jahren weiter steigen werden. Der Rat der Stadt Osnabrück fordert deshalb zusätzliche Anstrengungen bei Energiesparmaßnahmen. Unabhängig davon, dass die Stadt einer der größten Energieverbraucher in Osnabrück ist, muss die Stadt ihrer Vorbildfunktion gerecht werden.

Die Verwaltung soll hierzu so schnell wie möglich ein Maßnahmenprogramm erarbeiten, das neben den Sachmaßnahmen auch Aussagen zum zukünftigen Energiemanagement der Verwaltung enthält. Im Einzelnen soll dabei berücksichtigt werden (neu: z.T. geänderte Numerierungen!):

1. Das Investitionsprogramm der nächsten Jahre muss noch stärker auf Energiesparmaßnahmen ausgerichtet werden. Im Mittelpunkt sollten dabei die Schulen stehen, die 62 % der Wärme und 55 % des Stromverbrauchs der städtischen Gebäude benötigen. Neubauten dürfen nur noch im Passivhausstandard erfolgen. Mit dem Land Niedersachsen ist abzustimmen, ob rentierliche Investitionen durch zusätzliche Verschuldung von der Kommunalaufsicht gebilligt werden. Bei der Rentierlichkeit ist es wichtig, Energiepreisszenarien über die Lebensdauer einer Investition zu unterstellen.
2. Ein konsequentes und nachhaltiges Energieeinsparprogramm kann nur gemeinsam mit den betroffenen Einrichtungen Erfolg haben. ~~So sollte z. B. eine Konferenz mit allen Osnabrücker Schulen stattfinden, wo Betroffene und Experten gemeinsam Lösungen suchen.~~ Dabei geht es nicht nur um gute technische Lösungen, sondern auch darum, erfolgreicher als in der Vergangenheit, Betroffene zu Beteiligten zu machen. Dass sich derzeit nur ~~drei~~ **wenige** Schulen am Projekt „Energiesparschulen“ beteiligen, zeigt, dass das verbesserte Anreiz- und Anerkennungssystem für beteiligte Lehrer/-innen, **Schüler/-innen und Eltern konzipiert sein soll. Die Erfahrungen des Projektträgers Verein für Ökologie und Umweltbildung sind als wichtige Arbeitsgrundlage zugrunde zu legen. Langfristig sollte dieses Konzept auf alle städtischen Schul-**

- gebäude ausgedehnt werden. Die Finanzierung des Projektes erfolgt bekanntlich auf Grundlage der eingesparten Energiekosten, wobei die Schulen 50 % der eingesparten Kosten für ihr Budget erhalten. Die Nutzung des BMU-Förderprogramms "Klimaschutz für Schulen" ist zu prüfen.
3. Geprüft werden soll auch die Entwicklung eines Aktionsprogramms "Energieeinsparen in der Stadtverwaltung". Nach dem Vorbild Gelsenkirchens könnte ein Informations-, Motivations- und vor allem auch Anreizprogramm für die Mitarbeiter/innen aufgelegt werden.
 4. Mit den kulturellen Einrichtungen ist zu klären, warum sie als einzige Gebäudeart keinen Rückgang des Energieverbrauchs verzeichnen und auch als einzige schlechter als der Bundesdurchschnitt sind.
 5. Mit den Stadtwerken und privaten Investoren ist zu klären, ob Contracting-Modelle wie beim Klinikum die Dynamik der Energieverbrauchsreduktion erhöhen kann.
 6. Um den Stromverbrauch zu reduzieren, ist die Zahl der elektrischen Geräte in städtischen Einrichtungen zu prüfen und zu klären, ob die Energieeffizienz aktuellen Möglichkeiten entspricht. Bei der Beschaffungspolitik ist höchste Priorität auf Energieeffizienz zu legen. Das gilt für alle mit städtischen Geldern anzuschaffenden Geräte, von Energiesparlampen bis zu Computern.

Beratungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen. Der abweichende Beschluss wird einstimmig **angenommen**.

Anlage zur Ziffer 14 (TOP 5 j)) Niederschrift Rat öffentliche Sitzung, 05. April 2011

SPD-Fraktion
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Osnabrück, 04. April 2011

Antrag

Betreff: Energieverbrauch der städtischen Gebäude senken
(Änderungsantrag zum Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion)

Beratungsfolge	Sitzungsdatum	Sitzungsart (NÖ/Ö)	TOP
Verwaltungsausschuss	05.04.2011	NÖ	08j
Rat der Stadt Osnabrück	05.04.2011	Ö	05j

Inhalt des Änderungsantrags:

Zwar konnte der Wärmeverbrauch in den städtischen Gebäuden von 2003 bis 2009 um 14,5 % gesenkt werden, gleichzeitig stiegen die Kosten jedoch um 50 % von 2,1 auf 3,16 Mill. €. Der Stromverbrauch stieg im gleichen Zeitraum um 13,5 %, die Kosten um 80 % von 0,95 auf 1,71 Mill. €. Die Stromproduktion aus Windenergie oder Photovoltaik wird so relativiert, wenn der Stromverbrauch steigt. Es ist damit zu rechnen, dass die Energiepreise in den nächsten Jahren weiter steigen werden. Der Rat der Stadt Osnabrück fordert deshalb zusätzliche Anstrengungen bei Energiesparmaßnahmen. Unabhängig davon, dass die Stadt einer der größten Energieverbraucher in Osnabrück ist, muss die Stadt ihrer Vorbildfunktion gerecht werden.

Die Verwaltung soll hierzu ein Maßnahmenprogramm erarbeiten, das neben den Sachmaßnahmen auch Aussagen zum zukünftigen Energiemanagement der Verwaltung enthält. Im Einzelnen soll dabei berücksichtigt werden (neu: z.T. geänderte Numerierungen!):

1. Das Investitionsprogramm der nächsten Jahre muss noch stärker auf Energiesparmaßnahmen ausgerichtet werden. Im Mittelpunkt sollten dabei die Schulen stehen, die 62 % der Wärme und 55 % des Stromverbrauchs der städtischen Gebäude benötigen. Neubauten dürfen nur noch im Passivhausstandard erfolgen. Mit dem Land Niedersachsen ist abzustimmen, ob rentierliche Investitionen durch zusätzliche Verschuldung von der Kommunalaufsicht gebilligt werden. Bei der Rentierlichkeit ist es wichtig, Energiepreisszenarien über die Lebensdauer einer Investition zu unterstellen.
2. Ein konsequentes und nachhaltiges Energieeinsparprogramm kann nur gemeinsam mit den betroffenen Einrichtungen Erfolg haben. ~~So sollte z. B. eine Konferenz mit allen Osnabrücker Schulen stattfinden, wo Betroffene und Experten gemeinsam Lösungen suchen.~~ Dabei geht es nicht nur um gute technische Lösungen, sondern auch darum, erfolgreicher als in der Vergangenheit, Betroffene zu Beteiligten zu machen. Dass sich derzeit nur drei ~~wenige~~ Schulen am Projekt „Energiesparschulen“ beteiligen, zeigt, dass es **eines verbesserten Anreiz- und Anerkennungssystem für beteiligte Lehrer/innen** ~~neuer Ideen und Ansätze~~ bedarf. **Die Erfahrungen des Projektträgers Verein für Ökologie und Umweltbildung sind als wichtige Arbeitsgrundlage zugrunde zu legen. Langfristig sollte dieses Konzept auf alle städtischen Schulgebäude ausgedehnt werden. Die Finanzierung des Projektes erfolgt bekanntlich auf Grundlage der eingesparten Energiekosten, wobei die Schulen 50 % der einge-**

- sparten Kosten für ihr Budget erhalten. Die Nutzung des BMU-Förderprogramms "Klimaschutz für Schulen" ist zu prüfen.**
3. **Geprüft werden soll auch die Entwicklung eines Aktionsprogramms "Energieeinsparen in der Stadtverwaltung". Nach dem Vorbild Gelsenkirchens könnte ein Informations-, Motivations- und vor allem auch Anreizprogramm für die Mitarbeiter/innen aufgelegt werden.**
 4. Mit den kulturellen Einrichtungen ist zu klären, warum sie als einzige Gebäudeart keinen Rückgang des Energieverbrauchs verzeichnen und auch als einzige schlechter als der Bundesdurchschnitt sind.
 5. Mit den Stadtwerken und privaten Investoren ist zu klären, ob Contracting-Modelle wie beim Klinikum die Dynamik der Energieverbrauchsreduktion erhöhen kann.
 6. Um den Stromverbrauch zu reduzieren, ist die Zahl der elektrischen Geräte in städtischen Einrichtungen zu prüfen und zu klären, ob die Energieeffizienz aktuellen Möglichkeiten entspricht. Bei der Beschaffungspolitik ist höchste Priorität auf Energieeffizienz zu legen. Das gilt für alle mit städtischen Geldern anzuschaffenden Geräte, von Energiesparlampen bis zu Computern.

gez. Frank Henning

gez. Michael Hagedorn